

Antrag

der Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer, Dr. Heinz Riesenhuber, Nadine Schön (St. Wendel), Thomas Bareiß, Veronika Bellmann, Erich G. Fritz, Dr. Michael Fuchs, Michael Grosse-Brömer, Dr. Matthias Heider, Ernst Hinsken, Robert Hochbaum, Dieter Jasper, Andreas Jung (Konstanz), Andreas G. Lämmel, Ulrich Lange, Stephan Mayer (Altötting), Dr. h. c. Hans Michelbach, Dr. Mathias Middelberg, Stefan Müller (Erlangen), Dr. Georg Nüßlein, Franz Obermeier, Rita Pawelski, Ulrich Petzold, Eckhardt Rehberg, Albert Rupprecht (Weiden), Anita Schäfer (Saalstadt), Dr. Frank Steffel, Christian Freiherr von Stetten, Lena Strothmann, Andrea Astrid Voßhoff, Kai Wegner, Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Martin Lindner (Berlin), Claudia Bögel, Klaus Breil, Birgit Homburger, Manfred Todtenhausen, Heiner Kamp, Dr. Martin Neumann (Lausitz), Rainer Brüderle und der Fraktion der FDP

Innovationen stärken und Lust auf Technik wecken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die deutsche Wirtschaft hat sich dank ihrer Innovationsfähigkeit in den letzten beiden Jahren trotz der Staatsschuldenkrise und eines wirtschaftlich zunehmend schwierigen Umfeldes positiv entwickelt (das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts – BIP – betrug im Jahr 2010 4,3 Prozent und im Jahr 2011 3,8 Prozent). Über 30 000 forschende und über 110 000 innovative Unternehmen haben wesentlich dazu beigetragen. Mit einer jährlichen Ausfuhr von Technologieprodukten im Wert von über 500 Mrd. Euro sind deutsche Unternehmen Exportweltmeister in diesem Bereich. Besonders junge Technologieunternehmen und innovative Mittelständler sichern sich als Hidden Champions vielfach Spitzenpositionen auf den Weltmärkten. Sie sind neben exzellenten Hochschulen und Forschungsinstituten unverzichtbare Stützpfiler unserer Innovationslandschaft und sind wichtige Treiber des technologischen Fortschritts, denn sie können schneller als große Unternehmen auf aktuelle Erfordernisse des Marktes reagieren und neue Märkte erschließen. Wirtschaft und Staat haben in den vergangenen Jahren ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) deutlich gesteigert. Mit knapp 70 Mrd. Euro (2010) haben die FuE-Ausgaben in Deutschland einen neuen Höchststand erreicht. Allein der Bund gibt in diesem Jahr rd. 14 Mrd. Euro für FuE aus und damit über 50 Prozent mehr als im Jahr 2005. So konnte auch der Anteil der FuE-Ausgaben am BIP (FuE-Intensität) auf 2,8 Prozent (2010) gesteigert werden – er liegt damit nahe der 3-Prozent-Zielmarke der Europäischen Union (EU). Die Investitionen und eine Vielzahl erfolgreicher Initiativen im Rahmen der Hightech-Strategie der Bundesregierung

haben wesentlich dazu beigetragen, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland zu stärken. Im Innovationsindex 2011 der Europäischen Kommission belegt Deutschland EU-weit einen guten dritten Rang vor allen übrigen großen europäischen Volkswirtschaften.

All das veranschaulicht eindrucksvoll den Beitrag von Forschung und Innovationen für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und die Sicherung unseres künftigen Wohlstands. Dennoch steht das Land vor großen Herausforderungen, gerade auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und des Fachkräftemangels. Damit Deutschland auf den Weltmärkten seinen Technologievorsprung auch künftig sichern kann, müssen die Rahmenbedingungen für Innovationen noch weiter verbessert werden. Es müssen noch mehr Unternehmen an die Forschung herangeführt und eine größere Breitenwirkung der Forschungsförderung erzielt werden. Dafür sollten auch neue Wege beschritten werden, zum Beispiel indem die steuerliche Forschungsförderung als eine Art Forschungsbonus eingeführt wird, wie sie in 21 von 30 Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) längst üblich ist. Ein solcher Forschungsbonus ist unbürokratisch, technologie- und branchenoffen und würde die bewährte Projektförderung ergänzen. Er ist breit und schnell wirksam und dadurch gerade für den Mittelstand attraktiv. Er animiert die Unternehmen in anderen Ländern in der Regel zu eigenen Forschungsinvestitionen mindestens in gleicher Höhe wie die Steuerersparnis – und leistet dadurch mittel- bis langfristig einen wichtigen Beitrag für mehr Wachstum und Arbeit. Die hierfür erforderlichen Mittel im Haushalt sollten so schnell wie möglich durch Einsparungen in anderen Bereichen erarbeiten werden.

Zum anderen muss die Gründung von Technologieunternehmen weiter erleichtert werden – denn das bleibt der schnellste Weg, um neues Wissen aus der Forschung erfolgreich in die Märkte zu bringen. Doch gerade hier bestehen Defizite, denn besonders in dem für den Technologiestandort Deutschland so wichtigen Bereich der Spitzentechnologien wie Biotechnologie, Pharmazie, Mess- und Steuertechnik nimmt die Gründungstätigkeit seit Ende der 90er-Jahre kontinuierlich ab. Ein wichtiger Grund hierfür ist ein Mangel an Finanzierungsquellen, denn seit dem Zusammenbruch des Neuen Marktes ist der Wagniskapitalmarkt in Deutschland nahezu ausgetrocknet. Das gefährdet neben Technologiegründungen auch die Wachstumsfinanzierung junger Hightech-Unternehmen. Deshalb müssen in Deutschland international attraktive Rahmenbedingungen für Wagniskapital geschaffen werden und hier muss an das Niveau anderer Länder wie USA, Großbritannien und Frankreich angeknüpft werden. Das finanzielle Engagement und die Beratungskompetenz von privaten Wagniskapitalfonds und von Business Angels sind unverzichtbar für die Gründungs- und Wachstumsphase im Hoch- und Spitzentechnologiebereich.

Gleichzeitig ist die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Forschung in Forschungseinrichtungen und Fachprogrammen der Forschungsförderung weiter zu steigern. Hier werden wichtige Grundlagen einer hohen Innovationskraft in der Wirtschaft und zur Lösung drängender Zukunftsaufgaben unter anderem auf den Feldern Gesundheit, Sicherheit, Kommunikation, Mobilität und Klima/Energie geschaffen.

Damit der Technologiestandort Deutschland auch künftig nicht an Attraktivität verliert, ist zudem insbesondere ein breites gesellschaftliches Interesse an neuen Technologien unerlässlich. Denn Forschung und Entwicklung setzen gut ausgebildete Fachkräfte in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern voraus. Naturwissenschaft und Technik benötigen daher auch in deutschen Bildungseinrichtungen, insbesondere auch in der frühkindlichen Bildung, hinreichend Beachtung. Darüber hinaus muss es gelingen, mehr ausländische Fachkräfte zu motivieren, nach Deutschland zu kommen.

Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist deshalb auch die Aufgeschlossenheit für neue Technologien. Innovationen und technische Produkte können sich nur dann verbreiten, wenn sie nicht vorschnell abgelehnt werden bzw. durch gesetzliche Regelungen von vornherein verhindert oder massiv erschwert werden. Eine rationale Debatte, in der das Für und Wider neuer Technologien gegeneinander abgewogen wird, ist in Deutschland noch immer wenig ausgeprägt. Das führt dazu, dass forschende Unternehmen inzwischen ganze Bereiche, etwa der Gen- und Biotechnologie, ins Ausland verlagern (z. B. der BASF-Pflanzentechnologie – BASF = Badische Anilin- und Soda-fabrik). Auch exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sehen außerhalb Deutschlands zunehmend mehr Möglichkeiten für zukunftsweisende Forschungen und verlassen unser Land. Sie fühlen sich in Deutschland vielfach nicht mehr verstanden, weil vorschnell die Risiken ihrer Forschung in den Mittelpunkt öffentlicher Debatten gestellt werden und die Chancen und Perspektiven ihrer Arbeit nicht gewürdigt werden. Mitentscheidend für eine positive Grundeinstellung gegenüber neuen Technologien ist aber gerade auch das Verständnis über deren Chancen und Nutzen.

Es kommt darauf an, die Bürgerinnen und Bürger über den Stand der Forschung zu informieren und neue Formen des Dialogs über Ziele und Prioritäten im technologischen Wandel nachhaltig auszubauen. Hier sind Politik, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und andere Akteure der Zivilgesellschaft gleichermaßen gefragt.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

- dass die Bundesregierung unter dem Dach der Hightech-Strategie 2020 anstrebt, Deutschlands Position als Technologie- und Innovationsmotor Europas weiter auszubauen. Mit der Hightech-Strategie soll Deutschland zum Vorreiter bei der Lösung globaler Herausforderungen wie beispielsweise Klimawandel/Energie, Gesundheit, Mobilität, Kommunikation und Sicherheit werden. Hierzu hat die Bundesregierung konkrete Zukunftsprojekte initiiert;
- dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) in Ergänzung dazu eine neue Innovationsstrategie zur Stärkung der Innovationstätigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft vorgelegt hat, die eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für Innovationen und für eine noch effizientere Förderung des innovativen Mittelstandes den Maßnahmenkatalog adressiert, zum Beispiel mit neuen Anreizen für die innovative öffentliche Beschaffung, mit dem neuen European Angel Fund und mit dem neuen Investitionszuschuss für Business Angels. Als dritten Schwerpunkt hebt die Innovationsstrategie besonders die Bedeutung der Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Technologien hervor und kündigt hierzu konkrete Maßnahmen an;
- dass der Innovationsdialog beim Bundeskanzleramt u. a. die Finanzierung innovativer Unternehmen zum Thema gemacht hat und die Bundesregierung deshalb insbesondere gebeten hat zu prüfen, wie privates Wagniskapital steuerlich besser gefördert und ein international attraktiver, wettbewerbsfähiger Wagniskapitalmarkt in Deutschland geschaffen werden kann. Dabei geht es z. B. um Fragen wie den Erhalt von Verlustvorträgen beim Anteilseignerwechsel von innovativen Startups und die steuerliche Transparenz von Wagniskapitalfonds.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel

- die Ziele und Maßnahmen der Innovationsstrategie des BMWi zügig umzusetzen, um den Innovationsstandort weiter zu stärken, und dabei auch neue Wege zu gehen;
- die Hightech-Strategie als übergreifendes Dach der innovationspolitischen Maßnahmen fortzuführen und weiter auszubauen. Dabei gilt es insbesondere, Wissenschaft und Wirtschaft im Rahmen der Fachprogramme der Forschungsförderung zu Schlüsselthemen des technologischen Wandels zusammenzuführen;
- deshalb weiterhin – wie es auch im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP festgelegt ist – als dritte Säule zusätzlich zu der bewährten Projektförderung und der institutionellen Förderung eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung bzw. einen Forschungsbonus anzustreben, der zusätzliche Forschungsimpulse insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) auslöst;
- verstärkt dafür zu werben, das private Engagement beim erfolgreichen Hightech-Gründerfonds weiter zu erhöhen;
- alle Haushaltsspielräume auszuschöpfen, um international attraktive Rahmenbedingungen für privates Wagniskapital in Deutschland zu schaffen, um Gründung und Wachstum von Hightech-Unternehmen zu unterstützen;
- im Rahmen der EXIST-Initiative universitätsweite Gründungsstrategien zu entwickeln, um Studierende verstärkt zu motivieren, ihre Forschungserfolge durch die Gründung eines eigenen Unternehmens auch in Markterfolge umzusetzen;
- das bewährte Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand und die Industrielle Gemeinschaftsforschung weiter auszubauen und zusätzliche Anreize für die Vernetzung von Unternehmen und für internationale Kooperationen zu setzen; die erfolgreiche Maßnahme KMU-innovativ weiter auszubauen, die gerade kleinen und mittleren Unternehmen einen verbesserten Zugang zu den Technologieförderprogrammen des Bundes gibt;
- das Bündel erfolgreicher Maßnahmen im Bereich des Wissens- und Technologietransfers, wie der Spitzencluster-Wettbewerb, Validierungsprogramme, die Initiative Forschungscampus oder Go-Bio konsequent umzusetzen;
- den Bürokratieabbau weiter voranzutreiben, dabei die Belastungen von Unternehmen weiter zu reduzieren und Unternehmensgründungen weiter zu erleichtern;
- sich für die baldige Verabschiedung eines EU-Patents und für die weltweite Harmonisierung von Normen, Standards und technischen Regeln einzusetzen und dadurch Deutschland und Europa international noch wettbewerbsfähiger zu machen;
- die Breitbandstrategie konsequent weiterzuentwickeln, um den flächendeckenden Ausbau von Hochleistungsnetzen weiter zu beschleunigen, besonders auch in ländlichen Gebieten, um deutschlandweit die Nutzung neuer Geschäftsmodelle wie Cloud Computing zu ermöglichen;
- die Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs, wie das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung, das Innovationsbüro „Fachkräfte für die Region“, die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse oder den Qualifizierungsmonitor fortzuführen und weiter auszubauen sowie das Fachkräftekonzept der Bundesregierung jährlich zu überprüfen;

- die Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Technologien auch in Zukunft als wichtige Querschnittsaufgabe im Rahmen der Technologie- und Innovationspolitik zu behandeln und weiter voranzubringen; auch bei neuen gesetzlichen Regelungen sollte darauf geachtet werden, dass neue Technologien sich möglichst frei entfalten können;
- die verschiedenen Maßnahmen zur Förderung des Interesses an natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern bei Kindern und Jugendlichen weiter zu forcieren. Kinder und Jugendliche sollten frühzeitig, altersgerecht und kontinuierlich an naturwissenschaftlich-technische Fragestellungen herangeführt werden und darüber hinaus möglichst viele eigene praktische Erfahrungen damit sammeln können. Die bereits existierenden Schülerlabore des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) und der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) und die Maßnahme „Haus der kleinen Forscher“ sind hierfür gute Beispiele;
- die Kooperationen zwischen Unternehmen und Bildungseinrichtungen zu unterstützen, um mehr unternehmerisches und technisches Wissen in die Schulen zu tragen. Netzwerke zwischen Wirtschaft und Bildungseinrichtungen können hier konkrete Kooperationsangebote schaffen beispielsweise für Unternehmensbesichtigungen von Schulklassen oder die Vermittlung von Praktika. Hierfür sollten bestehende Initiativen stärker auf die MINT-Berufe (MINT = Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) hin ausgerichtet werden;
- Initiativen zu fördern, die darauf abzielen, besonders bei Mädchen und Frauen Interesse an Technik zu wecken, um so die Anzahl von Frauen in MINT-Berufen und -Studiengängen zu erhöhen;
- zusammen mit den Ländern und Hochschulen darauf hinzuwirken, dass in den Lehrplänen der Schulen und Curricula der Ausbildungsberufe bzw. Studienfächer technisches Wissen und vor allem IT-Kenntnisse (IT = Informationstechnik) als Basiswissen verankert werden. Dabei kommt der Ausbildung von Lehrkräften sowie von Erzieherinnen und Erziehern eine besondere Bedeutung zu;
- Wirtschaft und Gesellschaft hinreichend und verständlich über neue Technologien zu informieren und den Dialog darüber zu befördern, um eine positive Grundeinstellung zu neuen Technologien zu stärken. Hierzu sollte der Bund unter anderem die äußerst erfolgreichen Maßnahmen der Wissenschaftsjahre und des Bürgerdialogs konsequent fortführen. Der Bund fördert Forschung und Entwicklung im Jahr 2012 mit rd. 14 Mrd. Euro. Über die Ergebnisse dieser Forschung, ihren Nutzen bis hin zu Anwendungsmöglichkeiten im praktischen Alltag sollte von einer aktiven Informationspolitik begleitet werden;
- die Auswirkungen und Relevanz neuer Instrumente der privaten Frühfinanzierung wie Onlineplattformen zum Crowdfunding oder private Inkubatoren zu verfolgen;
- die Aufgeschlossenheit der öffentlichen Institutionen für neue Technologien und Innovationen allgemein zu erhöhen. Hierzu sollten den öffentlichen Beschaffungsstellen Anreize gegeben werden, verstärkt neueste technische Produkte zu erwerben. Dabei geht es nicht allein darum, die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung durch die Implementierung neuester Technik zu erhöhen. Vielmehr kann und sollte der Bund in seiner Eigenschaft als Nachfrager neuer technologischer Produkte eine Vorreiterrolle einnehmen und so innovative Unternehmen stärken;

- den vom BMWi angekündigten neuartigen Innovationspreis gemeinsam mit der Wirtschaft zu entwickeln und zeitnah auszuschreiben. Ein öffentlichkeitswirksamer Anreiz zur Lösung eines konkreten technischen Problems kann entscheidend dazu beitragen, die Technologieoffenheit und die Innovationsfreude in Wirtschaft und Gesellschaft zu erhöhen. Beispiele für diese Art des Innovationsanreizes gibt es bereits in den USA, in Großbritannien und bei der Europäischen Kommission. Auch die deutsche Innovationspolitik sollte sich dieses Instrument ergänzend zunutze machen.

Berlin, den 11. Dezember 2012

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Rainer Brüderle und Fraktion

